

Quelle: <https://www.otz.de/regionen/rudolstadt/zweckverband-abfallwirtschaft-saale-oria-neue-gebuehren-aber-auftrag-verfehlt-id230890862.html>

OTZ vom 12.11.2020

von Jens Voigt

Neue Gebühren, aber Auftrag verfehlt Familien-Lobbyisten enttäuscht von künftigen Müll-Festgebühren des Zaso

von Jens Voigt

Rudolstadt/Pößneck. Nach der Verabschiedung der ab nächstem Jahr gültigen Müll-Gebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla (Zaso) durch die Verbandsversammlung in der vorigen Woche wird die Kritik daran lauter. Moniert werden die mangelnde Entlastung speziell für große Familien sowie Teile der Berechnungsgrundlagen.

Werner Thomas verbreitete seine Sicht auf die „denkwürdige Sitzung“ bereits am Folgetag per E-Mail an Medien und die Kreistagsmitglieder von Saalfeld-Rudolstadt. Demnach habe Thomas, Saalfelder CDU-Kreistagsmitglied und stellvertretender Zaso-Vorsitzender, einen Vorschlag mit tatsächlich degressiven Festgebühren einbringen wollen, sei damit aber gescheitert.

Alternativvorschlag ist laut Zaso nicht genehmigungsfähig

Was nunmehr mit den Stimmen beider Landräte beschlossen worden sei, entspreche nicht dem vom Kreistag ergangenen Auftrag, die Festgebühren so zu gestalten, dass Großfamilien bzw. Haushalte mit mehreren Personen entlastet werden. Am Montag legte Thomas in einer weiteren Mail nach: Die maßgeblich vom Saalfelder Landrat Marko Wolfram (SPD) verfochtene Beschlussvorlage sei zwar mit „degressiv“ überschrieben, zeige jedoch in Wirklichkeit eine linear steigende Kostenkurve für die Personenzahlen je Haushalt.

Neue Gebühren beschlossen, aber Auftrag verfehlt – so etwa äußerte sich auch Katrin Konrad vom Thüringer Verband kinderreicher Familien, deren Vorstandskollege David Vockerodt mehrfach vor den Kreistagen und in der Zaso-Verbandsversammlung auf die soziale Schieflage der bisherigen Festgebühren hingewiesen und Vorschläge zur Entlastung eingebracht hatte. Die Verbandsräte hätten einer Berechnung zugestimmt, „welche den Namen degressiv nicht verdient“, kommentiert Konrad und verweist darauf, dass laut Beschluss für jede im Haushalt lebende Person die gleiche Festgebühr von 11,73 Euro pro Quartal erhoben werde. Bei einer wirklich degressiven Berechnung würden sich zwar anfangs höhere Festgebühren als bei der linearen Methode ergeben, mit steigender Haushaltsgröße würden aber die Gebühren je Person sinken. Für Vockerodt ist der getroffene Beschluss „ein Totalversagen der kommunalen Selbstverwaltung und ein Faustschlag ins Gesicht der Eltern“.

Tatsächlich hätte der von Werner Thomas verfasste Vorschlag die Kostensteigerungen für die zweite bis zur fünften Person im Haushalt jeweils etwas mehr abgeflacht und ab der sechsten Person bei knapp vier Euro gleich gehalten, während die verabschiedete Regelung jeweils gleiche Steigerungen um knapp zwölf Euro je Kopf und Quartal vorsieht. Rainer Siegmund, Finanzchef und kommissarischer Geschäftsleiter des in Pößneck ansässigen Zaso, beurteilt das Modell von Thomas als zwar mathematisch richtig, jedoch nicht umsetzbar, weil es nicht die belegbaren Verwaltungs-Fixkosten je Haushalt und je Person abbilde.

Beschlossene Satzung im Dezember noch mal ändern, ist zeitlich nicht drin

Dies habe inzwischen auch das Landesverwaltungsamt nach einer ersten Prüfung bestätigt: „Es wäre schlicht nicht genehmigungsfähig“, erklärte Siegmund, der erwartet, dass mit der für 2023 geplanten Einführung des sogenannten Identisystems die Festgebühren sinken können – allerdings bei wiederum steigenden Leerungspreisen, denn bezahlt werden müsse der Gesamtaufwand zur Müllentsorgung ja trotzdem. Die in der Vorwoche beschlossene Satzung etwa in der Dezember-

Quelle: <https://www.otz.de/regionen/rudolstadt/zweckverband-abfallwirtschaft-saale-orka-neue-gebuehren-aber-auftrag-verfehlt-id230890862.html>

OTZ vom 12.11.2020

von Jens Voigt

Sitzung nochmals zu verändern und zu Jahresbeginn 2021 in Kraft zu setzen, sei zeitlich aber nicht mehr drin, da sowohl eine erneute Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt wie auch der Neudruck von Banderolen bei eventuell veränderten Leerungsgebühren einige Wochen in Anspruch nehmen würden. Die alte Satzung also zu verlängern und eine neue möglicherweise ab Jahresmitte in Kraft zu setzen, wäre angesichts der dann verbleibenden Geltungsdauer von noch anderthalb Jahren ein wenig sinnvoller Aufwand.

Auch Werner Thomas sieht den Zug für eine nochmalige Satzungsänderung einstweilen abgefahren. Gleichwohl ist er gespannt, ob und wie die Vorgänge um die aus seiner Sicht ungenügende Festgebühren-Regelung in der nächsten Saalfelder Kreistagssitzung Mitte Dezember zur Sprache kommen. Es wundere ihn schon sehr, dass insbesondere die Fraktion SPD/Grüne/BI sowie die Linke zum erzielten Ergebnis bisher schweigen.